

Positionspapier

Gemeindewaldbesitzerverband NRW e.V.

Sondierungspapier der CDU Nordrhein-Westfalen
und GRÜNE NRW vom 27. Mai 2022:

„ NRW ist mit einer Gleichzeitigkeit von Krisen konfrontiert, die neue Antworten und neue Bündnisse erfordert. Ob Klima- oder Artenkrise, der Ukrainekrieg oder die Corona-Pandemie – die Folgen dieser Ereignisse hängen miteinander zusammen und können deshalb nicht isoliert angegangen werden.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat den Handlungsdruck verstärkt, noch schneller unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, um Versorgungssicherheit und Energiepreisstabilität zu gewährleisten.

Unsere von den Folgen der Klimakrise betroffenen Wälder wollen wir naturnah und klimaresilient entwickeln und erhalten. Mit einem ‚Baum-Scheck-Programm‘ wollen wir mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu pflanzen. “



Wie läuft die Zeitenwende im Wald? Unsere Forderungen!

Für eine zukunftsgerichtete Waldpolitik in NRW fordert der Gemeindewaldbesitzerverband NRW, bisherige Strategien auf den Prüfstand zu stellen und den Beitrag von Wald und Holz für das Erreichen der Klimaschutzziele und für eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung neu zu bewerten. Dazu zählen:

- » **Masterplan „Grüne Lungen in den Städten“ aufstellen und fördern**
- » **Windkraft im Wald ermöglichen: Kommunen sollen selbst entscheiden**
- » **Antworten auf globale Krisen:**
 - » **Rückbesinnung auf den Wald als nationale Rohstoff- und Energieressource**
- » **Klares Bekenntnis zur Nachhaltigkeit durch Holznutzung**
- » **Klimaneutralität mit nachhaltiger Bewirtschaftung der Wälder unterstützen**
- » **Wiederbewaldung und klimarobuster Waldumbau forcieren**
- » **Prinzip kommunaler Selbstbestimmung:**
 - » **Kein generelles Einschlagsmoratorium für Laubwälder über 120 Jahre**
- » **Sorgen der Menschen in ländlichen Räumen beachten:**
 - » **Kein Verbot der Brennholznutzung – gerade in Zeiten von Energieknappheit**
- » **300 Jahre-Nachhaltigkeitsprinzip im Wald: Pläne zur weiteren Stilllegung von Wäldern und Extensivierung der Laubholznutzung auf den Prüfstand stellen**
- » **Waldbewirtschaftung und Biodiversität in Einklang bringen**
- » **Honorierung der Klima- und Ökosystemleistungen der Wälder auch für Kommunen**
- » **Holzbauoffensive zur CO₂-Speicherung auf den Weg bringen**
- » **Jagd entscheidend für den Wald der Zukunft:**
 - » **Rehwildbejagung ab 1. April dauerhaft in der Jagdzeitverordnung etablieren**



Wald wird es immer geben –

aber der Wald der Zukunft wird anders und bunter aussehen.

Gemeinewaldbesitzerverband NRW e.V. – Sprachrohr der kommunalen Waldbesitzerfamilie

Vorsitz und Geschäftsführung

Vorsitzender Christoph Ewers,
Bürgermeister Gemeinde Burbach

1. Stellv. Vorsitzender Thomas Kämmerling

2. Stellv. Vorsitzender Jörg Düning-Gast,
Verbandsvorsteher Landesverband Lippe

Geschäftsführer Dr. Gerd Landsberg

Stellv. Geschäftsführerin Ute Kreienmeier

Geschäftsstelle

Hubertusstraße 12
53842 Troisdorf

Tel. 030 77307-111

E-Mail: claudia.held@dstgb.de

www.wbv-nrw.de

Der Gemeinewaldbesitzerverband NRW e.V. ist ein Zusammenschluss der waldbesitzenden Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt 141 Mitglieder. Dazu zählt die Millionenstadt Köln ebenso wie die kleinste Gemeinde Nordrhein-Westfalens, Dahlem in der Eifel.

Kommunalwald ist Bürgerwald

Der Gemeinewaldbesitzerverband setzt auf eine gestaltende Waldpolitik vor Ort, die die Ansprüche von Bürgern, Forst- und Holzwirtschaft sowie Naturschutz klug miteinander verbindet. Dabei gehört es zum Selbstverständnis der kommunalen Selbstverwaltung, dass am Ende bürgerschaftlich gewählte Stadträte und Gemeinderäte über ihren Wald entscheiden. Das Dezentralitätsprinzip garantiert ein breites und buntes Waldspektrum, das auch den gesellschaftlichen Ansprüchen entspricht.

Es ist eine spannende Frage, welche Sichtweise auf den Wald sich in der neuen Landesregierung durchsetzt. Welches Gewicht räumt die Landesregierung den Meinungen und Wertevorstellungen von zehn Millionen Einwohnern in den Rhein-Ruhrmetropolen ein, für die soziale und ökologische Belange der Wälder eher Vorrang gegenüber der Rohstoffproduktion haben? Und wie werden die Interessen der acht Millionen Bürger in den ländlichen Räumen berücksichtigt, für die die Forstwirtschaft einer der wichtigsten Wirtschaftszweige bildet?



FOTO: HANNS G. NOPPENY



Kommunalwald NRW

Zu den Forderungen im Einzelnen:

» Masterplan „Grüne Lungen in den Städten“ aufstellen und fördern

Stadtbäume reinigen die Luft, speichern CO₂ und Abgaspartikel, spenden Schatten und sind wichtig für das Klima und die Gesundheit der Menschen. Aber nur gesunde Bäume können dies alles leisten.

Jetzt stellt das Baumsterben die Kommunen vor besondere Herausforderungen, denn der Klimawandel hat nicht nur die Wälder, sondern auch unsere „grünen Lungen“ mit voller Wucht getroffen.

Dies ist nicht nur ein ökologisches Problem und schlecht für den Klimaschutz. Absterbende Stadtbäume verursachen enorme Verkehrssicherungsprobleme und Insekten wie der Eichenprozessionsspinner gefährden die Gesundheit der Menschen.

- Multifunktionalität der grünen Infrastruktur sichern und ausbauen.
- Finanzielle Hilfen für erhöhte Verkehrssicherungsmaßnahmen und für Bekämpfung gesundheitsgefährdender Insekten und Pilze.
- Baum-Scheck-Förderprogramm für neue Baumpflanzungen.
- Finanzzuweisungen als Anreiz für Erhaltung und Neuanlage von städtischen Wald- und Grünflächen.



FOTO: DIRK KREIENMEIER

» Windkraft im Wald ermöglichen

Die Windenergienutzung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der nationalen Energie- und Klimaschutzziele. In NRW wurden bisher 93 Windenergieanlagen auf Waldflächen errichtet, knapp die Hälfte davon im Kommunalwald. CDU und Grüne wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in den kommenden fünf Jahren mindestens 1000 zusätzliche Windkraftanlagen auf Industrie-, Gewerbe-, Forst- und Kalamitätsflächen sowie entlang von Verkehrswegen entstehen.

- Temporäre Nutzung von Nadelholz-Kahlflächen für Windkraftanlagen ermöglichen.
- Schaffung temporärer Einkommensmöglichkeiten für Waldbesitzende.
- Flexibilisierung der raumordnerischen Vorgaben und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.
- Stärkung der kommunalen Planungshoheit – Kommunen sollen selbst entscheiden.
- Steigerung der Akzeptanz durch Förderung von Konzepten und Bereitstellung von Musterverträgen und Vertragsmodellen zur finanziellen Beteiligung und Partizipation der Bürgerschaft vor Ort.
- Abstandsregelung flexibler an Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.



FOTO: MARK EGG HAGEN



FOTO: DIRK KREINMEIER

» Antworten auf globale Krisen: Rückbesinnung auf den Wald als nationale Rohstoff- und Energieressource

Der Russland-Ukraine-Krieg hat auch Auswirkungen auf den Holzimport aus den beteiligten Staaten Russland, Weißrussland und Ukraine. Nachdem die EU im April 2022 die

Einfuhr von Holz, Holzwaren und Holzkohle aus Russland und Belarus verboten hat, verhängte Russland im Gegenzug bis Ende 2022 einen Exportstopp unter anderem für Rund- und Sperrholz, Furnier, Holzbriketts und Pellets. Die Ein- und Ausfuhrverbote führen zu Verknappungen, Mangel an Bauholz und steigenden Preisen.

» CO₂-Fußabdruck:

Auf großes Unverständnis stößt die Forderung des Umweltbundesamtes, zukünftig darauf zu verzichten, Holz zu verheizen. Der Verkauf von Brennholz ist gerade in ländlichen Räumen eine wichtige Einnahmequelle. Das Brennholz fällt bei der Waldpflege an und fördert die heimische Wirtschaft.

Bei der Verbrennung wird nicht mehr klimaschädliches Kohlendioxid freigesetzt, als beim Pflanzenwachstum vorher gebunden wurde. Im kommenden Herbst/Winter stellt es auch eine zuverlässige Heizmöglichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger dar.

Zudem hat regionales Holz aus deutschen Wäldern, das für die Herstellung von Holzprodukten, Baustoffen, Papier oder gar zum Heizen genutzt wird, einen besseren CO₂-Fußabdruck als Importe aus dem Ausland.

- Klares Bekenntnis zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Nutzung des klima- und umweltfreundlichsten Rohstoffes Holz.
- Rohstoffversorgung für die heimische Holzverarbeitende Branche sichern.
- Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten.
- Keine ideologische Beschränkung der Bewirtschaftung von Buchenwäldern, Verzicht auf Einschlagsmoratorien und zeitlich begrenzte Extensivierung der Laubholznutzung.
- Mobilisierung bestehender Holzreserven und Erhöhung des Hiebssatzes prüfen.
- Holznutzung generell auf die stoffliche Nutzung mit möglichst langer Verweilzeit (Bauholz in langlebigen Gebäuden) konzentrieren.
- „Ja“ zur energetischen Nutzung von Holzenergie mit modernster Verbrennungstechnologie.
- „Nein“ zur Einschränkung der energetischen Holznutzung allein auf Abfall- und Reststoffe und im Indussektor.

» Honorierung der Ökosystemleistungen der Wälder auch für Kommunen

Ohne die Anpassung der Wälder an den Klimawandel können die vielen Ökosystemleistungen der Wälder, welche die Waldbesitzer bisher unentgeltlich bereitgestellt haben, zukünftig nicht mehr erbracht werden. Bisher ermöglichten die Erlöse aus der Holzproduktion die Finanzierung dieser Leistungen. In vielen von der Jahrhundertkrise betroffenen kommunalen Forstbetrieben ist allerdings mit dem Wald auf Jahrzehnte kein Gewinn mehr aus dem Holzverkauf zu machen, geschweige denn sind die Wiederbewaldung und die von der Gesellschaft erwartenden Leistungen zu finanzieren.

- Honorierung aller Klima- und Ökosystemleistungen der Wälder.
- Einbindung in das Klimaschutzgesetz und das Klimaschutzsofortprogramm.
- Rahmen für langfristige Finanzierung des CO₂-Speichers Wald schaffen.



FOTO: HANNS G. HOPPENHEY

» Klimaneutralität mit nachhaltiger Bewirtschaftung der Wälder unterstützen

Ohne starke Wälder und den verstärkten Einsatz von Holz als Baustoff können wir die Klimaschutzziele nicht erreichen. Jedes Jahr werden durch die wachsenden Waldbäume und die anschließende Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz bis zu 127 Millionen Tonnen CO₂ gebunden. Aktuell wird dadurch der Atmosphäre um rund 14 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands entlastet. Großes Einsparpotenzial liegt auch im Holzbau. Im Vergleich zu herkömmlichen Häusern lassen sich bis zu 56 Prozent Treibhausgasemissionen mit Holz als Baustoff einsparen.

- Maßnahmen zur Kohlenstoffspeicherung im Wald, Waldbewirtschaftung und Biodiversität in Einklang bringen.
- Holzbauoffensive als Beitrag zum Klimaschutz starten.
- Öffentliche Gebäude nur noch klimafreundlich und nachhaltig errichten.
- Neue Holzbau-Förderprogramme als Antwort auf die Wohnungsnot in den Ballungszentren und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auflegen.
- Holzhäuser sind nicht nur etwas für „Landeier“ – Städtebau- und bauordnungsrechtliche Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, gerade für Holzhäuser, Holzbausiedlungen und mehrgeschossige Holzbauweise.
- Baurechtliche Vorschriften, die sich in den letzten Jahren von 5000 auf 20000 vervierfacht haben, für den Holzbau handhabbarer machen.



FOTO: DIRK KREINMEIER

» Jagd entscheidend für den Wald der Zukunft

In den letzten Jahren hat der Beitrag der Jagdausübung zur Etablierung klimastabiler Wälder eine neue Bedeutung erlangt. Die Wiederbewaldung und der Walddumbau dürfen nicht an überhöhten Schalenwildbeständen scheitern. Niemals gab es so viel Schalenwild wie heute. Die Freiflächen infolge von Borkenkäfer und Dürre bieten nochmals verbesserte Lebens- und Vermehrungsbedingungen.

Ziel muss sein, die Schalenwilddichte durch Ausübung der Jagd auf ein Niveau zu regulieren, das die natürliche Verjüngung der Hauptbaumarten ohne Schutzmaßnahmen ermöglicht. Die Belange des Waldes und der Waldbewirtschaftung müssen im Konfliktfall eindeutigen Vorrang vor den Belangen der Jagd und der Jagdausübung haben.

- Schalenwildbestände nachhaltig und dauerhaft deutlich reduzieren.
- Überprüfung und Weiterentwicklung aller jagdrechtlichen Vorschriften und Regelungen, die eine effiziente Jagdausübung im Interesse klimastabiler Mischwälder behindern.
- Rehwildbejagung ab 1. April in der Jagdzeitverordnung etablieren.
- Monitoring durch flächendeckende Verbissgutachten.



FOTO: HANIS GUNPPENET

» Waldbrandprävention ausbauen

Die Wälder sind durch die Folgen des Klimawandels immer anfälliger für Waldbrände geworden. Es zeigt sich, dass bereits kleinere Vegetationsbrände in einem dicht besiedelten Land wie NRW ganze Ortschaften bedrohen können, wenn sie außer Kontrolle geraten. In vielen Wäldern fehlt die notwendige Infrastruktur bei drohenden Vegetationsbränden. Befahrbare Wege, Wasserentnahmestellen, Systeme zur Branderkennung müssen deutlich verbessert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass besonders große und schwierige Vegetationsbrände nicht zum regelmäßigen Erfahrungsschatz der (meisten) Feuerwehren zählen.

Vor diesem Hintergrund haben das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und das Ministerium des Inneren das Themenfeld in den Fokus genommen und einen ersten Konzeptentwurf zur „Vorbeugung und Bekämpfung von Waldbränden in NRW“ vorgelegt. Vom Gemeindefeldbesitzerverband NRW wurde der Konzeptentwurf begrüßt. Gefordert wird zusätzlich:

- Investitionsprogramm für die Anlage und Unterhaltung von Feuerlöschteichen und Infrastruktur.



FOTO: PIVARAY.COM

Gehen wir es an und machen unseren

Wald gemeinsam zukunftsfit!



Kommunalwald NRW

In NRW gibt es rund 915 000 Hektar Wald, das ist ein knappes Drittel der Landesfläche. Die Waldfläche des Körperschaftswaldes beträgt 196 900 Hektar und ist mit 21 Prozent Waldanteil die wichtigste öffentliche Waldbesitzart in NRW.

Weitere Infos unter
www.wbv-nrw.de

Juni 2022

FOTO: PIVARAY.COM